

Frühzeitiges Ende der IV. Republik?

Regierungskrise durch Veröffentlichung geheim gefilmter

Fernsehaufnahmen verschärft

von

Sigrid Schraml

Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

Warschau, 27. September 2006

Die Regierungskrise in Polen, die seit dem Austritt der Samoobrona aus der Regierungskoalition am vergangenen Donnerstag schwelt, hat sich mit dem gestrigen Abend weiter erheblich verschärft und macht **vorgezogene Neuwahlen immer wahrscheinlicher**.

Am gestrigen Spätabend zeigte der private Fernsehsender TVN in seiner Politsendung „Teraz my“ (Jetzt wir) **mit versteckter Kamera aufgezeichnete Gespräche** zwischen der Samoobrona-Abgeordneten Renata Beger und dem stellvertretenden PiS-Vorsitzenden Adam Lipiński und Wojciechem Mojzesowicz, beide Minister in der Kanzlei von Premier Jarosław Kaczyński. Beger hatte sich am 22. und 25. September mit den beiden in ihrem Abgeordnetenbüro getroffen, um über die Bedingungen eines möglichen Wechsels mehrerer Fraktionsmitglieder der Samoobrona in das Regierungslager zu verhandeln. Die beiden PiS-Vertreter waren dabei jedoch einer Finte der Samoobrona auf den Leim gegangen.¹

Die Opposition wirft PiS **politische Korruption** vom Ausmaß der Rywin-Affäre unter der SLD-Regierung Miller vor und fordert von Premier J. Kaczynski Aufklärung. Die PSL, die in Verhandlungen mit PiS über einen evtl. Eintritt in die Regierung Kaczynski

¹ Beger hatte für sich die PiS-Parteimitgliedschaft und den Posten des Staatssekretärs im Landwirtschaftsministerium gefordert sowie aussichtsreiche Listenplätze für „ihre Leute“ während der am 12./26. November stattfindenden Kommunalwahlen. Wie die Fernsehaufnahmen zeigen, sah Lipiński „kein Problem“, Beger einen Staatssekretärsposten zu verschaffen, verwies aber auf das hierzu nötige Plazet des Premiers. Während des zweiten Treffens musste Lipiński seine ursprünglichen Versprechen teilweise zurückziehen, da Kaczynski seine Zustimmung zu einer Staatssekretärin Beger nicht gegeben hatte. Gleichsam als Ersatz stellte der Kanzleiminister jedoch finanzielle Hilfe des Sejms bei der Begleichung von Wechselsschulden mehrerer Samoobrona-Abgeordneter in Aussicht.

Gemäß den Fernsehaufzeichnungen riet Mojzesowicz Beger, „besser aus Überzeugung“ zu PiS überzutreten und ihre Ansprüche auf ein Regierungsamt erst später geltend zu machen, da dies sonst den Anschein „eines Handels“ erwecken könnte: „Nicht sofort, sonst bringen sie uns um.“, so Mojzesowicz.

stand, hat ihre Gespräche mit PiS abgebrochen. Die Bürgerplattform rief den Leiter des von PiS neu geschaffenen Zentralen Antikorruptionsbüros Mariusz Kamiński auf, die Angelegenheit zu untersuchen. PiS ist indessen in die Gegenoffensive gegangen und spricht von einer gezielten Provokation durch Samoobrona mit dem Ziel, die Bildung einer neuen stabilen Regierung zu torpedieren. Rücktrittsforderungen wies Lipiński zurück.

Für die Bildung einer neuen Regierungsmehrheit kämen für PiS neben der PSL die neu formierte **Fraktion der Nationalen Bauernbewegung** (Ruch Ludowo-Narodowy), die sowohl unabhängige Abgeordnete als auch ehemalige LPR-, PO- und Samoobrona-Abgeordnete umfasst, in Frage. Zur Erreichung der nötigen 231 Stimmen fehlen Kaczynski aber selbst dann noch mindestens weitere 6 Stimmen, die PiS durch seit Tagen kolportierte Abwerbungsversuche in der Bürgerplattform und Samoobrona zu finden sucht.

Lepper wehrte sich gegen das Auseinanderfallen seiner Fraktion mit ungewöhnlichen Methoden: er kündigte die Einlösung von Wechseln an, die Samoobrona-Abgeordnete vor den Parlamentswahlen 2005 in Höhe von 552.000 Zł (ca. 125.000 €) unterschreiben mußten, um für ihre Wahlkampagne das Samoobrona-Logo verwenden zu dürfen, und die bei Austritt aus der Fraktion fällig werden. Sejm-Marschall Marek Jurek hat angekündigt, die Rechtmäßigkeit der Wechsel auf juristischem Weg klären zu lassen.

Bereits am Montag hatte PO für den 7. Oktober eine Demonstration gegen die Politik der Regierung angekündigt und einen **Antrag auf Selbstaflösung des Sejms** eingereicht, um schnellstmöglich Neuwahlen herbeizuführen. Die ursprünglich für den 10. Oktober geplante Abstimmung könnte nun durch eine morgige Entscheidung des Sejmpräsidiums und die Einberufung einer Dringlichkeitssitzung des Sejms vorgezogen werden. Für die Annahme des Antrages ist eine 2/3-Mehrheit der Sejmmitglieder nötig.

Vorgezogene Parlamentswahlen würden **mit großer Wahrscheinlichkeit eine Veränderung der polnischen Parteienlandschaft** herbeiführen: PSL und LPR würden gemäß aktueller Umfragen nicht mehr im Sejm vertreten sein, SLD muß um ihren Wiedereinzug bangen. Das Verschwinden kleiner Parteien hätte einen gewissen „Reinigungseffekt“, würde aber gleichzeitig die Möglichkeiten für zukünftige Regierungsbildung zwischen den verbleibenden drei Parteien PO, PiS und Samoobrona nicht verbessern.

Abzuwarten gilt, wie die Reaktion der Wähler auf die politischen Tiraden der vergangenen Tage ausfallen wird. Lepper hatte zu hoch gepokert und mit seinen permanenten Provokationen in der Regierung schließlich den Bruch mit Kaczynski provoziert. Die Veröffentlichung der Fernsehaufnahmen sind hingegen vor allem eine verheerende **Niederlage für Jaroslaw Kaczyński und das maßgeblich von PiS proklamierte Projekt der IV. Republik**. Den moralischen und politischen Anspruch, die Republik von Korruption und alten Machenschaften zu säubern, ist PiS nicht gerecht geworden. Das Image J. Kaczyńskis als glänzender Politstrategie hatte zudem bereits letzte Woche mit dem Auseinanderfall der Regierungsmehrheit gelitten. Die Wähler, die bei den Parlamentswahlen vor einem Jahr auf einen Neuanfang gehofft hatten, sind abermals enttäuscht worden.

Im Streit um die Macht haben sowohl PiS und Samoobrona mit mehr als nur harten Bandagen gekämpft. Die Frage nach der Legalität der geheimen Fernsehaufzeichnungen und die Unterdrucksetzung von Abgeordneten mit Hilfe von Wechseln muß ebenso gestellt werden wie die nach dem Handel mit Regierungsposten. Die *Rzeczpospolita* kommentiert: „Wer Wind sät, erntet Sturm. [...] Die Samoobrona-Abgeordnete [Beger] hat dem einstigen Koalitionspartner den Dolchstoß versetzt. Und dies - wie auch immer man dazu stehen mag – nicht ganz unverdient.“